

V0818/23

**Schaffung und Aufbau einer Antidiskriminierungsstelle der Stadt Ingolstadt**  
**(Zwischenbericht)**  
**- mündlicher Bericht von Frau Barbara Deimel**

**Antrag:**

Die Antidiskriminierungsstelle wurde zum 01.10.2022 als Pilotprojekt für die Dauer von zwei Jahren befristet installiert (Beschluss des Stadtrates vom 26.07.2022). Über die endgültige Ausgestaltung wird auf der Grundlage einer Evaluation zum 30.09.2024 entschieden. Der vorgelegte Zwischenbericht wird bekannt gegeben.

Migrationsrat	19.10.2023	Bekanntgabe
Beirat für Gleichstellungsfragen	09.11.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	16.11.2023	Bekanntgabe

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 16.11.2023**

Frau Deimel erklärt anhand der Präsentation die wichtigsten Teilbereiche, die den Stadträten zum Protokoll beigefügt wird. Die Diskriminierungsstelle gebe es seit Juli 2022 durch den Beschluss des Stadtrates. Zum 1. Oktober 2022 sei dann gestartet worden und der Aufbau in der Pilotphase sei für zwei Jahre angedacht. Frau Deimel führt aus, dass es sehr viel um Diskriminierungssensibilität gehe und sie grundsätzlich auf die Rechtsgrundlage verweise und diese auch in der Präsentation nachgelesen werden kann. Zur Sensibilisierung sei es wichtig, sich Gedanken darüber zu machen was Diskriminierung ausmache. Frau Deimel trägt den Satz von Marina Weisband vor, der auch in der Präsentation zu finden ist „Jede Gruppe, die nicht von struktureller Diskriminierung betroffen ist, konnte sich immer leisten, durchs Leben zu gehen, ohne sich mit dem Phänomen zu beschäftigen. Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie überleben, nur weil sie für die nicht Betroffenen unsichtbar sind.“ Des Weiteren geht Frau Deimel auf den Aufbau, Zahlen und Daten ein. Zum Schluss teilt Frau Deimel mit, dass weiterhin versucht werde, die Antidiskriminierungsstelle noch bekannter zu machen, denn die Sensibilität für Diskriminierung soll weiter gestärkt werden. Man werde die Vernetzungsarbeit weiter fortsetzen und das Diversity-Projekt innerhalb der Stadtverwaltung vorantreiben. Zum Stichtag am 30.09.2024 werde dann im Stadtrat entschieden, wie es mit der Antidiskriminierungsstelle weitergehe, so Frau Deimel.

Bürgermeisterin Kleine teilt bezüglich der Geschäftsordnung mit, da Stadtrat Garita nicht da sei, werde er vom ordentlich beschlossenen Vertreter Stadtrat Over vertreten.

Stadtrat Werner denkt, dass man nach diesem einen Jahr noch vorsichtig sein müsse in der Bewertung, doch er ist der Meinung, dass es sich schon gelohnt habe, diese Antidiskriminierungsstelle einzurichten, denn es gebe den Menschen das Gefühl, dass Hilfe da sei. Stadtrat Werner hakt bezüglich der Diskriminierungen in Ämtern und Behörden nach, wie es einzuordnen sei, und möchte praktische Beispiele dazu.

Frau Deimel merkt an, dass ihr die Anonymität in beiden Richtungen wichtig sei. Wenn Diskriminierte kommen und die sich zum Beispiel gegen Beschäftigte aus der Stadtverwaltung richten und das Okay vom Diskriminierungsgeber gegeben wird, dann werde der Kontakt gesucht und bei der nächsten Hierarchie besprochen. Man versuche auch, das Image der Stadt zu wahren und Schaden abzuwenden, denn oftmals sei es auch mit einem Schaden der Stadt verbunden, und dazu sei auch wichtig zu erwähnen, dass bei vielen Themen den Beschäftigten der Stadt sehr viel an den Kopf geschmissen werde.

Stadtrat Werner möchte die Art der Diskriminierung wissen, denn mache Menschen fühlen sich schon diskriminiert, wenn sie eine Leistung nicht gewährt bekommen.

Frau Deimel beschreibt einen Fall, in dem ein behinderter Mensch in einem schriftlichen Bescheid sehr vorgeführt wurde. In diesem Fall sei dann vermittelt worden und es wurde Kontakt mit dem Betroffenen aufgenommen und gefragt, was ihm helfe, damit er sich wieder rehabilitiert fühle. Der Diskriminierte teilte mit, dass ihm eine Entschuldigung des Amtsleiters helfe und diese sei dann eingeholt worden. Es sei wichtig, die Sensibilität unter den Beschäftigten einzufordern, denn das sei auch eine Aufgabe des Diversity-Projektes.

Stadträtin Krumwiede teilt mit, dass es großartig sei, was Frau Deimel mit nur vier Stunden pro Woche schon erreicht habe. Man sei auf einem guten Weg, dass die Diskriminierung in Ingolstadt weniger werde. Stadträtin Krumwiede ist der Meinung, dass Frau Deimel die richtige für diese Meldestelle sei, da sie die richtige Sensibilität mitbringe. Des Weiteren hakt sie nach, ob veröffentlicht sei, welche Nationalität sich besonders rassistisch diskriminiert fühle. Des Weiteren möchte sie wissen, ob es Austausch mit der bundesweiten Antidiskriminierungsstelle gebe und wie es gelingen kann, diese Meldeadresse noch bekannter zu machen und ob es eine Möglichkeit gebe, die Plakate auch in Schulen auszuhängen.

Frau Deimel führt aus, dass das mit dem Kulturkreis zwei Seiten habe, denn man Befürchte durch die geringen Fallzahlen in Ingolstadt, dass es dann wiederum zur gruppenspezifischen Diskriminierung komme. Im Kontext Muslime, Antisemitismus, Rassismus, antimuslimischer Rassismus sei es zu heikel und man wäre froh, wenn die Antidiskriminierungsarbeit bezüglich Informationsangebot oder Präventionsangebot gewisse Grundsensibilität bekomme. Frau Deimel teilt mit, dass vor kurzem ein Arbeitskreis kommunale Antidiskriminierungsstelle gebildet worden sei und intensiver Austausch mit der Stadt Regensburg und der Antidiskriminierungsstelle stattfinde. In Regensburg gebe es inzwischen eine Vollzeitstelle und von der profitiere man im Moment, denn mit vier Stunden könne man nicht viel Grundlagenarbeit machen. Frau Deimel ist mit den Sprecherinnen vom Migrationsrat gegen Diskriminierung verknüpft und es sei bis vor kurzem eine bayernweite Versammlung in Ingolstadt geplant gewesen, doch diese musste aus finanziellen Gründen abgesagt werden. Des Weiteren teilt Frau Deimel mit, dass ein Programm entwickelt werde, bei dem ein einheitliches Erfassungssystem hinterlegt sei. Dies sei allerdings noch ganz am Anfang, da es noch nicht bundesweit kommunale Antidiskriminierungsstellen gebe. Zum Thema Plakate an den Schulen teilt sie mit, dass die Plakate noch einmal überarbeitet werden sollen, damit diese für Schulen geeignet seien und dann die Plakate an alle Schulen in Ingolstadt rausgegeben werden können mit der Bitte die Plakate auszuhängen.

Stadtrat Niedermeier möchte wissen, ob es eine Studie zur Altersdiskriminierung gebe. Oft sei es schon diskriminierend, wenn man aufgefordert werde eine E-Mail zu schreiben, denn nicht jeder sei online und könne eine E-Mail verfassen. Stadtrat Niedermeier bedankt sich, dass dieses Thema angegangen werde und regt an, ob die Kommission Seniorenarbeit sich mit der Altersdiskriminierung beschäftigen könne.

Stadträtin Segerer bedankt sich für den Zwischenbericht und fragt nach, wie oft die Klärungs- und Beratungsgespräche in Anspruch genommen werden und wie die Reaktionen seien.

Frau Deimel trägt vor, dass sie für die Beratung der Betroffenen da sei und zuhören, doch nicht alle wünschen dann eine Weiterverfolgung. Vielen genüge es, wenn sie ins Rathaus gehen können und dort alles loswerden könnten, denn dies sei oft eine enorme Aufwertung ihrer Bedürfnisse. Auch werde auf das Wohl der Menschen geachtet, den oft hinterlassen eine Diskriminierung psychische oder seelische Schäden, an diesen Menschen werden dann auch eine Beratungsadresse rausgegeben. Das andere sei die Diskriminierungssensibilität von Menschen die Diskriminierung verübt haben. Diese Gespräche werden sehr behutsam geführt, um bei den Betroffenen keine Gegenwehr zu verspüren, sondern es werde versucht, rüberzubringen, dass es um Empathie und Sensibilität gehe. Frau Deimel hofft auf viel Sensibilisierungspotential über das Diversity-Projekt, das nun stadtwweit aufgesetzt werde. Die Kolleginnen von der Integration und Inklusion treiben das Projekt innerhalb der Stadtverwaltung voran und man versuche alle Beschäftigten der Stadtverwaltung offener für mehr Sensibilität zu machen.

Stadträtin Mader bedankt sich für den Vortrag und merkt an, dass es ihr wichtig sei, dass die Antidiskriminierungsstelle bekannter werde und schlägt vor, auch in Kitas Plakate anzubringen.

Frau Deimel bedankt sich für die Anregungen und werde diese mitnehmen.

Der Bericht wurde bekanntgegeben.